

Hallesche Zeitung

Halle'sche Neueste Nachrichten - Handelsblatt für Mittelddeutschland

Erstausgabe montags am Sonntag als Feiertag. Die Bezugs-Gebühr beträgt in Stadt und Land wie auch die Post bei freier Zahlung monatlich M. 25.00, bei den Postgebühren abgesehen M. 26.00 monatlich. Die abgelaufene Fingerring-Millimeter-Zeile kostet im Ortserwerb M. 5.50, im auswärtigen Vertriebe M. 3.00. Reflektoren der Millimeter-Zeile M. 8.00 im Ortserwerb und M. 10.00 im auswärtigen Vertriebe. Reflektoren-Gehalt: zehn Uhr vorwärts.

Verlags-Gebäude: Halle a. S., Neue Promenade 1a und Große Poststraße 17. Fernsprecher-Gebühren: Halle a. S. 1140 und 1142. Geschäftsstellen: Halle a. S. Postfach 22515. Fernsprecher-Gebühren: Halle a. S. Postfach 22515. Fernsprecher-Gebühren: Halle a. S. Postfach 22515. Fernsprecher-Gebühren: Halle a. S. Postfach 22515.

Englands Bemühungen zum Ausgleich.

Annahme der Bedingungen des Garantiekomitees / Bürgerkrieg in Italien Französische Nachhuth / Austritte aus der Deutschnationalen Volkspartei

Die Vorschläge des Garantiekomitees.

Weitens Entgegenkommen der deutschen Regierung?

Die Reichsregierung teilt bekanntlich mit, daß sie mit dem inzwischen nach Paris zurückgekehrten Garantiekomitee sich über Vorschläge zur Prüfung der deutschen Finanzen geeinigt habe. Es seien die drei grundsätzlichen Bedingungen der Regierung anerkannt worden, daß die Finanzkontrolle die Souveränität des Deutschen Reiches nicht antaste, in den laufenden Gang der Verwaltung nicht eingreifen und in das Steuergeheimnis des Einzelnen nicht eindringen dürfe. Wie weit diese Behauptung der Regierung zutrifft, wird man erst nachprüfen können, wenn der Vorschlag der Finanzkontrolle den Geist, die Sachlage und die finanziellen Gegebenheiten zu derselben Zeit zugehörig zu machen, in der sie den zuständigen parlamentarischen Körperschaften, dem Reichstag, dem Reichswirtschaftsrat und dem Reichstag, angeleitet werden. Ferner soll der finanzielle Apparat, der bei der heutigen Ueberlastung der Steuerverwaltung stark veraltet ist, möglichst schnell wieder auf den Stand der Fortschritt gebracht werden. Zur Vermeidung einer laufenden Kontrolle der Finanzen durch den Bundesfinanzrat im Reich durch das Garantiekomitee hat die Regierung einmündig, überreicht eine laufende Kontrolle dieser Finanzen einzuleiten und den Ministern zu gestatten, gelegentlich an dem einen oder anderen Ort einer Prüfung der Finanzämter teilzunehmen und Sitzproben aus ihren Akten vorzunehmen, so weit dabei über Steuergeheimnis der einzelnen Personen nicht berührt wird. Zur härteren Einschränkung der Kapitalausfuhr soll jede solche in Zukunft genehmigungspflichtig sein. Persönlichkeiten oder Firmen jedoch, die häufig und betragsmäßig mit dem Auslande Geschäfte machen, sollen dazu nur einer generellen Erlaubnisbestimmung ihrer Handelskammer bedürfen.

Man sieht aus diesen Verlautbarungen bereits, daß die Regierung den Anforderungen des Garantiekomitees, an der Ordnung der Finanzen, ein großes Interesse hat. Sie hat es wohl getan, weil sie in einem Augenblick, da sie dringend ein neues Anleihen in eine äußere Anleihe verlangte, nicht einen neuen Einfluß in ihre Finanzverwaltung verweigern konnte. Inwiefern bleibt der Wortlaut der Vereinbarung abzuwarten, ehe ein endgültiges Urteil gefällt werden kann.

Ausicht auf Verständigung?

Kabinettsitzung in London.

London, 20. Juli. Heute früh fand eine Kabinettsitzung statt, der entscheidende Bedeutung für eine Wendung in der Separationsfrage beigemessen wird. Lord George betrautet das Memorandum nur als eine vorübergehende Erleichterung und drängt auf eine Anleihe für Deutschland. Zugleich verleiht, daß England eine Herabsetzung seiner Ausgaben bei den Ministern anbietet. Man erwartet, daß bei der baldigen Zusammenkunft mit Poincaré eine bedeutende Verminderung der deutschen Schuld erreicht werden wird. Im ganzen werden die Ausichten auf Verständigung als wesentlich gebessert bezeichnet. Sollte jedoch eine Einigung mit Frankreich nicht erzielt werden, so ist mit der Möglichkeit zu rechnen, daß die englische Regierung in glänzender Verhandlungen mit Deutschland eintritt.

Die tadelsüchtigen Franzosen.

10 Millionen Unterschriften!

Die französische Liga „Souverain-nous“ (erzinnert Euch) hat Poincaré eine mit 10 Millionen Unterschriften versehene Adresse überreicht, in der die Verurteilung der „Kriegsverbrechen“ verlangt wird. Poincaré hat sich diese Gelegenheit zur Verurteilung nicht entgehen lassen. Er erklärte, daß nach der Parodie der Prozesse von Leipzig die französische Regierung die Angeklagten in contumaciam werden aburteilen lassen, aber ehe die Straurteile nicht ausgesprochen seien, könne die Kritik zur Klärung der Verhältnisse nicht zu laufen. Das ist natürlich das Babels Feuer, das Rheinland weiter unter französischer Faust zu halten. Ueber die Begeisterung der Reichsgerichtsjuristen wird sich das Gericht mit Aufsehen vernehmen.

Die Regierungskrise in Italien.

Rom, 21. Juli. Das Kabinet Facta gestürzt. Nicht eine einzige Gruppe unterliege geschlossen das Kabinet. Die Faschisten stimmten aus taktischen Gründen gegen die Regierung. Die Krise fällt in eine dunkle Stunde. Es handelt sich, wie „Il Mondo“ ausführt, nicht bloß um einen Regierungswechsel, sondern die Zusammenfassung der Kräfte, die die Regierung zu verlassen bestrebt haben den Kabinettsitzung erreicht. Der Bürgerkrieg dauert in dieser Form fort. Große Kräfte haben im Generalstreik. In Rom haben die Kommunisten eine sogenannte „Mehrwortfront“ gegründet. Geheimorganisationen sprechen offen von ihrer Existenz. Dazu kommt die düstere Finanzlage und die Ziellosigkeit der in London geführten Außenpolitik. Mussolinis Ränke für den Fall, daß aus dem Chaos eine antifaschistische

Regierung hervorgehen sollte, die allerhöchste Reaktion an. Die Sozialisten, bei denen die Entscheidung liegt, arbeiten für die Linksregierung. Im Vorbergrunde aller Kandidaten steht der Name Orlando.

Generalstreik in Piemont.

Mailand, 20. Juli. Die Ministerkrise hat die Spannung zwischen Faschisten und Sozialisten so verschärft, daß z. B. wieder in Oberitalien der Ausbruch eines Bürgerkrieges befürchtet wird. Bei einem blutigen Zusammenstoß in Novarra, wo ein Faschist von den Sozialisten getötet wurde, wurde den Sozialisten dafür von den Faschisten die Arbeitssammer in Brand gesetzt. Weitere blutige Zwischenfälle in Genova, Florenz, Brescia, Perugia usw. lösen zunächst einen Proteststreik der Arbeiter in Novarra, Turin und Alessandria aus. Am Mittwoch proklamierte jedoch die Arbeitssammer von Turin den Generalstreik für die ganze Provinz Piemont, deren Beispiel die Arbeitssammer von Mailand heute folgte und für Mailand und die ganze Provinz den Generalstreik anordnete. Nur in lebenswichtigen Betrieben darf gearbeitet werden. Die Faschisten haben in Mailand den heute früh ausgebrochenen Streik mit der Mobilisierung aller ihrer Mannschaften beantwortet. Die wichtigsten Gebiete wurden militärisch besetzt.

Korantky in Aödien.

Der polnische Staatschef Pilsudski hat Korantky, als er ihm die Lipse seines Kabinetts vorlegte, erklärt, er könne mit ihm zusammen nicht arbeiten. Unter Hinweis auf seine schriftliche Erklärung gegen Korantky verurteilt haben, steht das neue Kabinet vor Schwierigkeiten, die auch Korantky trotz seines ungleichen Agitationsstalentes und seiner Gewissenhaftigkeit in der Wahl der Mittel nicht so leicht überwinden wird.

Statt Recht wieder einmal Willkür.

Abgabe von Oberzähnen.

Nach dem jetzt ergangenen Schiedspruch muß Deutschland auf Grund des Artikels 339 des Versailler Vertrages sowohl an die Tschechoslowakei wie an Polen Kahrbaum, Schieferport und einen Viehwech in Küstern abtreten. Der Schiedspruch muß Verbrechen erzeugen, weil die schiffbare Oder ganz aus deutschem Gebiete verläuft. Alle Proteste der deutschen Regierung sind aber natürlich vergeblich gewesen.

Schlusssitzung im Haag.

Haag, 20. Juli. Die Haager Konferenz wurde heute nachmittags gegen 5 Uhr geschlossen. In der Schlußsitzung wurden die Berichte der Unterkommission und der allgemeine Bericht genehmigt. Ferner wurde auf Vorschlag von Belgien eine Entschliessung einstimmig angenommen, nach der die Konferenz den auf der Konferenz vertretenen Regierungen empfiehlt, ihren Staatsangehörigen bei dem Verlaufe der Verhandlungen nicht behilflich zu sein, Eigentümern in Holland zu erwidern, das anderen fremden Staatsangehörigen gehört hat und nach dem November 1917 ohne Zustimmung der früheren Eigentümer oder Konfessionäre beschlagnahmt worden ist. Vorausgesetzt wird, daß die gleiche Empfehlung von den auf der Haager Konferenz vertretenen Regierungen an die dort nicht vertretenen Regierungen gerichtet wird.

Deutscher Protest im Saarparlament.

Die deutschen Abgeordneten haben im Saarparlament einen großen Erfolg errungen. Sie haben durchgesetzt, daß sie ihre Erklärungen, deren Verlesung ihnen ursprünglich verweigert worden war, doch haben verlesen können. Alle diese Erklärungen mit Einschluß derjenigen der Kommunisten erhielten laute Proteste gegen die Regierung und namentlich gegen Herrn Hector. Nur der Abg. Schmalz von der Haus- und Grundbesitzerpartei sprach parlamentarisch und verständig.

Junentrie in Braunschweig.

In Braunschweig haben sich die Verhältnisse der Reichskrie im Meinen wiederholt. Mehrheitssozialisten und Unabhängige haben eine Arbeitsgemeinschaft gebildet, die Demokraten haben erklärt, daß sie den Eintritt der Unabhängigen ins Kabinet nur zustimmen würden, wenn die Volkspartei in ihm verbliebe. Da die Verhandlungen fortgesetzt, ist die Ministerkrise verkommen worden.

Die Deutschösterreichischen und die deutschnationalen Partei.

Die Deutschösterreichischen haben, wie mitgeteilt, den durch ihren Beharrlichkeit gegen Rathenau fast verlorenen Abg. Deming in den Ausschuss einer Kampfliste gewählt. Ihre Welle kündigt daher bereits jetzt der Partei den Krieg an. Falls die Deutschösterreichischen nicht in der Zukunft, große Wählermassen zu verlieren, noch in irgendeiner Form nachgeben, ist daher anzunehmen, daß noch andere wichtige Ereignisse, namentlich Walle und v. Graefe, der Partei den Rücken kehren werden.

Heutiger Stand des Dollars 484!

Reichstagsverlagung.

Politischer Rückblick von Abg. Dellus.

Nach einer langen Sitzungsbauer ist der Reichstag in die Sommerferien gegangen. Fast schien es, als ob noch in der letzten Tagen der angestammte Zuhörfloß zur Entladung kommen würde. Das Gespenst der Reichstagsauflösung spukte in vielen Köpfen. Selbst aber diejenigen, die sich in der Reichstagsauflösung das Mittelmittel aus den verfahrenen Umständen versprochen, konnten sich doch der schweren Gefahren, die eine solche Auflösung im Gefolge hat, nicht verschließen. Letzten Endes waren die Einwirkungen des Reichspräsidenten und Reichstagsleiters doch von so starkem Einfluß auf die sozialistischen Parteien, daß sie von ihrem Vorhaben abgesehen sind. Viel dazu beigetragen hat auch die starke Haltung der Demokraten und der Zentrumspartei, die zwar immer erklärten, daß sie eine Reichstagsauflösung für ein großes Unglück aus innen- und außenpolitischen Gründen halten würden, aber doch nicht gelonnen waren, dem Druck der Mehrheitssozialisten nachzugeben. Die Erklärung, daß beide Mittelparteien, wenn es nicht anders sein könne, auf einen Wahlkampf nicht eingehen würden, wirkte bei den Heißhörnern im sozialistischen Lager erlösend. Im Interesse des deutschen Volkes ist es zu begrüßen, daß man über die Krisis vorläufig hinausgekommen ist. Die Folgen einer Reichstagsauflösung wären nicht auszubedenken gewesen und jeder vernünftige Mensch mußte sie, so weit es irgend anging, zu vermeiden suchen. Ohne Ueberhebung kann die demokratische Reichstagsfraktion von sich behaupten, daß sie an dem befriedigenden Ausgang ein erhebliches Verdienst hat. Was im Herbst d. J. weiter geschehen wird, darüber sollte man sich jetzt den Kopf nicht zerbrechen. Die Sommerpause von mehreren Monaten wird eine gewisse Klärung herbeiführen, die Parteitage der einzelnen Parteien werden sich überflüssig bemühen, eine Lösung der Krise zu finden und inwiefern wird vielleicht auch eine Annäherung unter den Parteien stattfinden.

Ein sehr reichhaltiges Arbeitsprogramm hat der Reichstag publiziert worden mit einer großen Mehrheit gefaßt. Die Annahme der Schutzgesetze hat im Innern fester als in den Kreisen, die der Republik jetzt noch etwas ablehnend gegenüber standen, die Ueberzeugung hervorgerufen, daß im Deutschen Reichstags eine große Mehrheit für den Bestand der Republik vorhanden ist. Es bleibt erüffelt, feststellen zu können, daß die Deutsche Volkspartei, die in diesen Dingen stets immer sehr schwankend war, doch den Gesetzen zum Schutze der Republik in ihrer großen Mehrheit zugestimmt hat. Gerade diese Haltung wird höchlich für die Zukunft nicht ohne Bedeutung sein. Besser wäre es freilich gewesen, die Volkspartei hätte ebenso einmütig den beiden anderen Gesetzen ihre Zustimmung erteilt. Weil sie das nicht tat, sind natürlich Zweifel an ihrer Stellungnahme gegenüber der Republik berechtigt. Sie wird durch ihr Verhalten zeigen müssen, daß sie befreit ist, alles zu tun, um die republikanische Staatsform zu festigen. Die demokratische Fraktion hat sich von vornherein, wie das bei einer republikanisch-demokratischen Partei selbstverständlich ist, auf den Boden der drei Schutzgesetze gestellt. Ihrer Arbeit ist es in erster Linie zu danken gewesen, daß den Gesetzen der Charakter der Ausnahmegesetze genommen ist. Zudem die Fraktion immer wieder betonte, daß der oberste Grundgedanke der Demokratie die Gerechtigkeit sein müsse, so tat sie doch alles, um dem neuen Staat diejenigen Maßnahmen in die Hand zu geben, die zur Verteidigung seiner Existenz notwendig sind. Die Gesetze sind jetzt nicht einseitig gegen eine bestimmte politische Richtung gehalten, sondern sie dienen als Abwehrmaßnahmen gegen alle, die den Bestand der Republik bedrohen. Die Bevölkerung, die durch die Agitation der radikalen Kräfte aufgebracht ist, wird bei einer lokalen Handhabung der Gesetze sehr bald einsehen, daß alle friedliebenden Elemente die Wirkungen des Gesetzes nicht zu fürchten haben. Gegen alle diejenigen, die gegen die Republik arbeiten, werden die Gesetze mit äußerster Strenge zur Anwendung gebracht werden. Das ist im Interesse unserer künftigen Entwicklung dringend notwendig.

Weniger stark als das Gesetz zum Schutze der Republik wurde das Gesetz über die Pflichten der Beamten der Republik zum Schutze des Staates in der Öffentlichkeit angenommen. Im Parlament selbst führten die Verträge der Regierung, indem sie die Minister verurteilten, daß hier die wohlverordneten Rechte der Beamten verletzt würden, denn auch nach der Reichsverfassung sei den Beamten die völlige politische Meinungsfreiheit zugehört. Ein Gesetz, wie das vorliegende, war notwendig, wenn nicht durch gewisse Beamtenkreise der republikanisch-demokratische Staat sabotiert werden sollte. Ohne eine Einteilung der Verwaltung für den neuen Staatsgebanten ist der Staatsaufbau gefährdet. Die Beamten, die als Angestellte des republikanischen Staates in strenger Auffassung ihrer Pflichten gegenüber diesem Staate arbeiten, haben das Gesetz nicht zu fürchten. Ihnen gegenüber wird keinerlei Gleichmässigkeit ausgeübt werden. Im Gesetz wird nur das unter Strafe gestellt, was als eine vorläufige Schädigung der Staatsform betrachtet werden kann. Von demokratischer Seite sind alle Sicherungen, die noch notwendig waren, beantragt worden und zum erheblichen Teile auch zur Annahme gelangt.

Durch die Annahme des Reichsstaatsanleihegesetzes wird der Reichsregierung eine größere Freiheit zur Durchführung des Budgets der Republik und der Sicherheit der einzelnen Bevölkerungsteile gestellt. Dem gegenüber müßten die finanziellen Einmündungen, die namentlich von bayerischer Seite erhoben wurden, zurücktreten. Das Wohl des Reiches muß aber das Wohl der einzelnen Provinzen in Betracht gezogen werden. Auch die bayerische Regierung wird sich damit abfinden haben.

Neben diesen drei wichtigen Gebieten darf besonders die erfolgreiche Arbeit auf dem Gebiete der Steuererhebung hervorgehoben werden. Die demokratischen Vertreter im Steueraussschuß haben, wie das alleseitig anerkannt wird, hervorragend an den Steuererhebungen mitgearbeitet. Ihre Vorschläge sind in der Hauptsache richtungsgewiss gewesen. Beim Zwangsanzleihegesetz war es ihnen zu danken, daß die Anleihe in zwei Raten erhoben werden soll, während die Regierung eine einmalige Erhebung vorgezogen hatte. Auch die Erleichterungen, die beim Erbsteuergesetz eintreten, sind auf demokratische Vorschläge zurückzuführen. Die Novelle zum Einkommensteuergesetz trägt dem gehobenen Geldwerte entsprechend Rechnung. Sie werden Erleichterungen namentlich für die mittleren Stufen gebracht. Ueber die Gesetze im einzelnen wird in einem späteren Artikel zu schreiben sein.

Auch bei der Frage der Getreideumlage sind die Verbesserungen, die in das Gesetz hineingebracht sind, vor allem der Initiative der Demokraten zu danken. Wenn man weitergehenden Wünschen der demokratischen Fraktion auf Befreiung aus dem mittleren Befehes von der Umlage nicht entsprechen hat, so ist das nicht zuletzt auf die ablehnende Haltung der beiden Reichsparteien zurückzuführen, die dem demokratischen Antrag 30 Jahre auf Befreiung aller Landwirtschaftlichen Betriebe bis zu 10 Hektar nicht entgegenkamen. Bei der Beratung des Gesetzes hat die demokratische Fraktion sich sehr darauf bemüht, daß sie noch wie vor die Befreiung auch der restlichen Zwangslandwirtschaft für erwünscht hielt, daß aber in diesem Jahre ohne eine Getreidereserve nicht auszukommen sein würde. Die Aufbringung derselben sollte aber in der Hauptsache dem großen Befehes überlassen bleiben, weil der mittlere und insbesondere der kleinere Befehes weitens größere Opfer in der Vergangenheit bringen mußte als der Großgrundbesitz.

Bedeutend bleibt, daß die Frage der Reparationen nicht mehr gelöst wurde. Diese Aufgabe wäre die aller dringlichsten gewesen. Der latipropale Witz der deutschen Reichsregierung unserer wirtschaftlichen Lage lassen auch leitens der Gerichte eine hinauschiebung der Entscheidung nicht mehr auf. Die Reichsregierung hat seinen Widerspruch nicht eine günstige Lösung der Reparationsfrage vor. Die Regierung hat jedenfalls während der Vertagung Zeit, in eingehenden Verhandlungen zu verfahren, daß die schwereren wirtschaftlichen Schäden schleunigt gehoben werden und beim Wiederaufbau des Reiches erfolgreich an den Wiederaufbau gegangen werden kann. Bis dahin bleibt es Aufgabe aller auf dem Boden des gegenwärtigen Staates stehenden Parteien, dafür zu sorgen, daß die vergiftete Atmosphäre gereinigt und die, dem demokratischen Staate noch abweisenden Elemente für den neuen Staat gewonnen werden.

Bayerische Nachrichen.

Die Frage des bayerischen Widerstands mit Zweidrittelmehrheit im Reichstag angenommen. Die demokratische Fraktion hat die bayerische Regierung im Reichstag nicht eine günstige Lösung der Reparationsfrage vor. Die Regierung hat jedenfalls während der Vertagung Zeit, in eingehenden Verhandlungen zu verfahren, daß die schwereren wirtschaftlichen Schäden schleunigt gehoben werden und beim Wiederaufbau des Reiches erfolgreich an den Wiederaufbau gegangen werden kann. Bis dahin bleibt es Aufgabe aller auf dem Boden des gegenwärtigen Staates stehenden Parteien, dafür zu sorgen, daß die vergiftete Atmosphäre gereinigt und die, dem demokratischen Staate noch abweisenden Elemente für den neuen Staat gewonnen werden.

Die Verhandlungen Kerns.

Hamburg. Die Nachforschungen nach der Herkunft der Schrotkugeln, die am 1. August in den Hinterhof des Hauses No. 10 am Nordsee-Kern feuergelöst worden waren, sollen mit Hilfe der Kriminalpolizei ergeben haben, daß im Kreise Ludwig am Fischer und Kern beim Diebstahl von Geldstücken von der dortigen Landbevölkerung Schrotkugeln abgegeben worden sind.

Berlin, 21. Juli. Den Ausschluß des Abg. Henning aus der demokratischen Reichspartei haben die württembergischen Abgeordneten v. Graefe und Walle zum Antrag genommen, ihren Austritt aus der Fraktion zu erklären. In einer Erklärung in Württemberg „Deutschem Abendblatt“ bezeichnen die beiden Abgeordneten den Spruch gegen den Abg. Henning als politisches Justizmord; sie glauben, daß ein stillschweigendes Stimmgeben des Vororgans die Gefahr nach sich ziehen müßte, daß diese Methode sich gegen die gesamten Führer der württembergischen Fraktion in der Praktion ausbreiten könnte.

Anfrage über die Städtofferteilung.

Abg. DeLius hat im Reichstag folgende Anfrage gestellt: Bei der Verteilung der Städtofferten werden immer noch die Verteilungsgrundsätze, die während des Krieges zur Anwendung kamen, in Betracht gezogen. Danach erhalten die Gemeindefürsorge im Betrag von 20 Prozent, der Imporzollhandel 10 Prozent, die Dämmittelindustrie 10 Prozent des verfügbaren Städtoffertentums. Nach diesem Verteilungsmodus wurde sehr den mit dem Städtoffertbetrieb befaßten Handelsfirmen viel weniger zugute, als sie beantragen und an Landwirte bezetzt verkauft haben. Einer ganzen Reihe von Firmen ist kaum die Hälfte des Jahresquantums 1922/23 zugewandt worden. Alle Bemühungen zum Städtofferthandel, eine bessere Verteilung zu erreichen, waren vergeblich. Es unterliegt keinem Zweifel, daß im Anschluß der Handel größere Erfolge aufzuweisen hat wie bei den Gemeindefürsorge. Durch die ungenügende Verteilung von Städtoffert an die Handelsfirmen werden geradezu die Landwirte gezwungen, sich den Gemeindefürsorge anzuschließen, oder die Gemeindefürsorge kommen dahin, ihren Lebensstil an den Handel anzupassen, wobei sie den Handelsabteil befallen und dem Handel am meisten schaden, ohne ausreichenden Nutzen zu arbeiten. Ein solcher Zustand ist auf die Dauer schädlich. Der Handel hat keine besondere Bezeichnung und keine besondere Förderung

würde, kann aber für die Wirtschaftlichkeit in Anbetracht nehmen. Um so mehr, da die Gemeindefürsorge keinesfalls mehr fallen als der Handel. Die finanzielle Begünstigung der Gemeindefürsorge rechtfertigt ebenfalls keineswegs, daß dem Handel hier erhebliche Schwierigkeiten bereitet werden.

Was beabsichtigt die Regierung zu tun, um die Befreiung des Handels aufzuheben? Ist sie bereit, noch für die Verteilungsjahre 1922/23 einen anderen Maßstab anzuwenden?

Hausung bei Dr. Stadler.

Beim Herausgeber der Berliner Wochenschrift „Das Gewissen“ die auf sechs Monate verboten worden ist, dem politischen Schriftsteller Dr. Eduard Stadler, wurde eine Hausung vorgenommen, da Dr. Stadler im Verdacht steht, mit Geheimorganisationen in Verbindung gestanden zu haben. Einige an Dr. Stadler gerichtete Briefe und von ihm bezugelte Briefentwürfe wurden beschlagnahmt.

Gesetz verteidigt die Reichswehr.

Keine Demonstration gegen die Staatsform.

Wie erinnert, haben vor wenigen Tagen die Casseler mehrheitlich demokratische Reichspartei und Zentrumspartei an den Reichsminister einen Brief gerichtet, in dem lebhaftest Vorstellungen erhoben wurden, daß am Tage nach dem Begräbnis des Ministers Rathenau Reichswehr mit klingendem Spiel durch Cassel marschieren soll. Man erklärte in dieser Verbindung eine Prozession der Republik. Die Erwidrerung des Reichsministers hat folgenden Inhalt:

Die Annahme ist falsch, daß das Spielen der Musik vor einer marschierenden Truppe ein festlicher Akt, etwa wie ein öffentliches Konzert sei. Die Musik ist ein Teil der Truppe und hat die dienliche Bestimmung, ihren Geist zu beleben und dadurch ihre Marschfähigkeit zu heben, das ist namentlich bei einem langen und anstrengenden Marsch notwendig, wie ihn das Infanterie-Regiment 18 am 28. Juni ausübte. Auch bei der Rückkehr von Truppenzügen von Besatzungen, die die Musik die üblichen Armeemärche zu spielen. Noch bei keinem Fall öffentlicher Trauer ist dieses rein dienliche Spielen der Musik nicht unterlassen worden. Am 28. Juni fanden aber in Cassel Trauerfeierlichkeiten, Konzerter und ein großer Feiern statt. Es lag also durchaus kein Grund vor, der Truppe das Spielen der Armeemärche zu untersagen. Der Durchmarsch wurde von den militärischen Dienststellen seiner Zeitungs vorher mitgeteilt. Wenn bemerkt wird, daß die Truppen keine Feiern in den Reichslanden getragen haben, so ist dazu zu sagen, daß die Reichswehr in der Tat ein solches Fest nicht abgehalten hat. Es lag aber auch kein Grund vor, die durch die Kasernen und die Uniform ist sie die Truppe der deutschen Republik genügend kenntlich gemacht. Die Unwahrscheinlichkeit der Nachrichten über das Führen der früheren Reichslande durch die in Oberhessen einrückenden Truppen habe ich schon öffentlich festgestellt und gegen die Wälder, die daran Beteiligten und die Verantwortlichen dieser Verleumdungen ist um so bedauerlicher, als die Truppen in Oberhessen überat mit der größten Begeisterung begrüßt worden sind, und ihr Auftreten den lebhaftesten Beifall aller Kreise gefunden hat. Demnach ist die Annahme, daß das Verhalten der Truppen beim Durchmarsch daran Beteiligten habe, vollständig unbegründet. Die Truppen haben sich gegen und ihren Vorschriften entsprechend benommen. Um so weniger kann ich es verstehen, daß aus diesem Anlaß die Organisationen der drei Parteien schwere Verordnungen gegen die Reichswehr und maßlose Forderungen erhoben haben. Ich muß es außer Acht lassen, daß es gerade Angehörige der Reichswehrpartei sind, die Maßnahmen vorschlagen, die die Offiziere der Reichswehr schwer kränken und erbittern müssen, die Politik aus neue in die Truppe hineintragen und die Manneszucht unter-

Deutsches Reich.

Das neue Großpapiergeld unzulässig? Die Kassen werden, daß die neuen 10000-Mark-Scheine nur ungenügend waren, weil sie für Gebrauchsgegenstände nicht verwendbar sind. Es ist sehr wichtig, in Berlin heute einen 10000-Mark-Schein gemeldet zu erhalten, weil die 1000-Mark-Scheine zu knapp sind. Da die Verteilung der 1000-Mark-Scheine nicht leicht ist, soll die Ausgabe der neuen 500-Mark-Scheine beschleunigt werden. Sie werden Ende Juli erstmalig ausgegeben werden.

Oberhessen bei Breußen. In einer Vertrauensmännerkonferenz der Oberhessischen Volkspartei (Zentrum) in Randran wurde eine Resolution angenommen, daß die Partei nach der Erfüllung der Wünsche des oberhessischen Volkes für die Abstimmung am 3. September ihren Wählern empfehle, für den Verbleib Oberhessens bei Breußen zu stimmen. Damit ist bei der abgelaufenen Bedeutung des Zentrums in Oberhessen der Verbleib Oberhessens bei Breußen gesichert.

Die Folgen der Darmstädter Ausweisungen. Von den fünfzig Personen, denen die Ausweisungen in Darmstadt die Fortsetzung einverleibt wurde, und die in Haft gehalten worden. Der 22. Jahre alte Steinbrucharbeiter Kindling, der sich insbesondere an der Befestigung des Abgeordneten Dingeldey beteiligt hatte, und deshalb in Untersuchungshaft saß, hat sich in der Haftjelle erkängt.

Von Nah und Fern

Ausgebung einer Falschmünzerverfälschung.

Kronau, a. M., 19. Juli. Durch einen Zufall erbeute die hiesige Polizei in dem Keller eines Hauses der Kaiserstraße eine mit allen technischen Neuerungen ausgestattete Falschmünzerverfälschung, in der vor allem 3 Centausenmarktstücke hergestellt werden sollten. Die Entdeckung gelang dadurch, daß in einer Bodenwanne Falschmünzwerkzeuge, ein Herz einstellte, Farbenreste vorlag und dabei den Namen eines Mannes angab, der zufällig einem im Geschäft anwesenden anderen Herren bekannt war. Dieser erklärte dem Fremden, daß es völlig ausgeschlossen sei, daß der Genannte Verwendung für die Fälschung gemacht hätte. Man benutzte die Polizei, die den Fremden verhaftete. Auf dem Polizeirevier wurde die Fälschung in einem unteren ab. Es war der Kellermeister Baumbach, der sich in einem unteren zur Herstellung falscher Zehntausendmarkstücke eingerichtet hatte. Mehrere hundert Böden losenartiger Grundstücke waren schon fertiggestellt.

Kaubüberfall im Snelweg.

Breslau, 18. Juli. In der vergangenen Nacht wurde auf der Straße Snelweg-Breslau in einem Abteil zweiter Klasse allein reisender Deutscher ein Mann, der sich auf der Fahrt nach Döberitz befand, von zwei Männern überfallen. Er erlitt Verletzungen. Auf dem Polizeirevier wurde die Fälschung in einem unteren ab. Es war der Kellermeister Baumbach, der sich in einem unteren zur Herstellung falscher Zehntausendmarkstücke eingerichtet hatte. Mehrere hundert Böden losenartiger Grundstücke waren schon fertiggestellt.

Wien. (Die Stadtorde) beschließen eine Anleihe von 3½ Millionen Mark zur Behebung der Wohnungsnot.

Verhandlungen. Die Vereinfachung von Handlung. Den 2. und im Mai und im Juni von dem Hamburger Gericht zum Teil zu erheblichen Gefängnisstrafen verurteilt waren, sind künftighin amnestiert.

Estoroberga. (Im Walde vertrieben) Hier lief am Sonntag abend das 3½-jährige Kind des Gärtners Freier in den Wald und verirrte sich. Erst am Dienstag wurde das Kind bei der Gärtnerei auf einer Wiese aufgefunden. Es hatte inzwischen allerlei Beeren gepickelt, um den Hunger zu stillen. Die Ärgerin hoffte, daß das Kind, das ziemlich enträtelt ist, ohne Schaden davonkommen wird.

Wühlkäse (Luz.). (Zum Diszotus unserer Stadt 18. Juli) wurde der Theatervorfall in Eisenach, Rathol, Bieger, gewöhnlich.

Katzen. (Durch einen Kreuzotterbissen) Der 11. Lebensjahrige Schulfelder Kurt Gieseler wurde von einer Kreuzotter in die Brust- und am rechten Handgelenk gebissen worden. Trotzdem ein Schulkamerad die Wunde sofort desinfizierte, drang das Gift in den Blutstrom, der dem beherrschenden Knaben im Chemnitz-Krankenhaus amputiert werden mußte.

Beunruhigung. (Die Fleischer faulen nicht mehr ein) Nach einer um zugegangenen Mitteilung haben auf dem hiesigen Schlachthof die Schlachter den Anfang von Rind eingekauft, weil ihnen die Preise nunmehr unerwünscht geringe sind und sie es nicht glauben veranlassen zu können, die Fleischpreise noch weiter zu erhöhen.

Russ aller Welt

Rednerische Entgegnungen.

Die rednerischen Entgegnungen, die unseren Parlamentarier in der Folge des Wortwechsels passieren, haben schon manches ergiebige Ergebnis gezeitigt. Heute seien einige dieser kleineren Redner mitgeteilt: Im Abgeordnetenhaus verurteilte der Abg. Rabold: Vom Minister Boellig ist nicht anzunehmen, daß er seine Gesinnung wie sein Hemd nach einem Jahr gewechselt hat. — Frau Dr. Witz von der Deutschen Volkspartei warnte: Der Entwurf des Films darf man nicht einen abschließenden Hemmschlag anlegen. — Dr. Heffler erklärte: Die Sozialdemokraten haben mit eigenem Munde in den lauten Appl der indirekten Steuern geblasen. — Der Kommunist Malgahn: „Gerühmte Kaufleute wideln die Frauen ein.“ — Ein Unabhängiger: Die Interessen des Proletariats sind das einzige Band, das die Splitter wieder zu einem großen Bau zusammenschweißt. — Ein kommunistischer Lehrer stellte den Bürgerlichen im Abgeordnetenhaus ein Ehrenamt aus: „Die Angehörigen der Rechten gehen in die Wälder, beschließen die Kaufleute, ohne von dem Inhalt etwas mit nach Hause zu nehmen.“ Die Kinder werden für der Schule beim Religionsunterricht verurteilt auseinandergepalten, sie dürfen nicht auseinandergerissen werden.“ (Frau Jettin). — Der Demokrat Witz bei der Interpellation über den Wagenmangel: „Es fehlt am frühesten Zugl wenn in Hamburg eine Verstopfung eintritt, solle sie nicht von Berlin aus zu regeln sein.“ — Abg. Wederhellen (D. B.): „Es ist behauptet worden, die Vater des Kompromisses hätten wie beglückte Pöbel an der Wiege ihres Kindes.“ — Bei den Witzorgängen sind von beiden Seiten Fehler gemacht worden, von rechts wie links, jetzt gilt es festzustellen, wer die richtigen Fehler gemacht hat.“

In der Badewanne elektrisch gelöst.

Donnerstag vormittag wurde in der Waldschiffrehe in Frankfurt das Schneidermeisterpaar Dreher in seinem Badezimmer tot aufgefunden. Nach amtlichen Feststellungen ist der Tod dadurch eingetreten, daß die Leitungsschicht der elektrischen Tischlampe mit dem Wasser in der Badewanne in das Becken mit dem vorgelagerten Leiter ist, in Verührung gekommen ist. Durch den elektrischen Strom wurde zuerst die Ehefrau und dann der ihr zu Hilfe kommende Chemant getötet. Von sachmännlicher Seite wird uns zu diesem Aufsehen erregenden Vorfalle mitgeteilt, daß eine solche Todesursache durchaus im Bereiche der Möglichkeit liegt, daß aber zwei Personen auf diese Art zugleich tödlich verunglückt, gehört zu den Seltenheiten und verdient die größte Aufmerksamkeit der Fachleute.

Die rechte Grant Englands. Am Dienstag wurde in London die Vermählung des Lord Mountbatten, des Sohnes des verstorbenen Lord Battenberg, eines Bräutigams des Königs von England, mit Fräulein Edwina Ashley, der Gattin des verstorbenen Finanziers Ernest Cassel, vollzogen. Edwina Ashley gilt als die reichste Frau Englands. Der Prinz von Wales wohnte der Trauung als Brautführer bei. Der König, die Königin, die Königstochter Alexandra und andere Mitglieder des königlichen Hauses nahmen an den Feierlichkeiten gleichfalls teil.

Ueberfall im Eisenbahnzuge. In der Mittwoch Nacht wurde auf der Strecke Wiegitz-Breslau in einem Abteil 2. Klasse ein alleinreisender Deutscheramerikaner von zwei Männern überfallen, mißhandelt und aus dem Zuge geworfen. Er wurde von einem Bahnwärter gefunden und mit einem Güterzuge nach dem Krankenpauke transportiert. Von den Tätern fehlt jede Spur.

Empfindliche Füße

können Continental-Abstreife und Sohlen nicht entbehren. Der Gang wird sicher und classisch; viele Strecken können ohne vorzeitige Ermüdung zurückgelegt werden. Viel haltbarer und billiger als Leder. Der Name „Continental“ bürgt für Qualität.

Continental

Absätze und Sohlen

Erhältlich bei jedem Schuhmacher.

So gut wie Continental-Kleider!